



Acht Forderungen an die Koalitionsverhandlungen

Berlin, 25.10.2021

- 1) Notwendig ist die erneute Einsetzung eines „Unterausschuss Vereinte Nationen“ sowie mindestens eine jährliche UN-Plenardebatte im Deutschen Bundestag. Eine zentrale Koordinierungsstelle für UN-Politik im Bundeskanzleramt muss für eine kohärente UN-Politik der Ressorts sorgen.
- 2) Die Bundesregierung muss die Zielerreichung der Agenda 2030 und des Pariser Klimaübereinkommens zum Maßstab und zur Richtschnur ihres nationalen und internationalen Handelns in allen Politikbereichen machen. Klimaschutz wird nur gelingen, wenn er mit anderen Nachhaltigkeitskrisen, etwa Biodiversitätsverlust und globaler Ungleichheit, in einem systemischen Zusammenhang gedacht wird. Als DGVN schließen wir uns den Empfehlungen des Nachhaltigkeitsbeirats für mehr Kohärenz und strukturelle Berücksichtigung beim Thema Nachhaltigkeit an.
- 3) Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union endlich geschlossen die UN-Friedenssicherung stärkt. Die Bundesregierung muss dabei auch die Bereitschaft zeigen, substantielle personelle Beiträge zum UN-Peacekeeping zu leisten. UN-Politik muss proaktiv gestaltet werden, globale und regionale Herausforderungen und Krisen sind nicht nur zu verwalten, es müssen Lösungsstrategien entwickelt werden. Erfahrungen des Helsinki-Prozesses müssen auf die Nahostpolitik übertragen werden.
- 4) Der zwanzigjährige Afghanistaneinsatz und seine Wirkungen ist ressort- und akteursübergreifend unter Berücksichtigung der politisch-strategischen Ebene zu evaluieren.
- 5) Die deutschen Beiträge zu internationalen Polizeimissionen müssen mit verbindlichen Planzielen spürbar aufgestockt werden. Eine Bund-Länder-Vereinbarung ist notwendig und seit mehreren Legislaturperioden überfällig. Die Anerkennung aller zivilen, polizeilichen und militärischen deutschen UN-Mitarbeitenden in Feldmissionen muss in der öffentlichen Wahrnehmung gestärkt werden.
- 6) Die Bundesregierung muss in der Allianz für Multilateralismus daran arbeiten, auf internationaler Ebene die neuerdings auch in Europa in Frage gestellten Rechte von Frauen zu stärken. Sie muss drastischen Rückschritten im Bereich Menschenrechte, Presse- und Meinungsfreiheit sowie Gendergerechtigkeit und LGBTQI-Rechten entgegentreten.
- 7) Die Autorität und Unabhängigkeit der WHO muss gestärkt werden um multilaterales Handeln in der globalen Gesundheitspolitik zu ermöglichen: Verbesserungen innerhalb der WHO wie auch in der nationalen Beachtung von WHO-Normen und Standards, auch in Deutschland, sind gefordert.
- 8) Das erfreuliche finanzielle Engagement Deutschlands im Rahmen der Vereinten Nationen ist fortzuführen. Bislang zweckgebundene Mittel müssen den Akteuren der Vereinten Nationen unabhängig zur Verfügung gestellt werden.